

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration  
des Landkreises Osterode am Harz  
in der Wahlperiode 2006/2011 am **11.06.2008**, 15.00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Kreishauses,  
Herzberger Str. 5, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder:

Die Kreistagsabgeordneten

Barbara Lex - Vorsitzende –  
Christa Hartz  
Helga Klages -i.V. der Abg. Rosita Klenner-  
Henning Kruse  
Marianne Niederheide  
Susanne Voigt  
Fritz Vokuhl

Vertreter der freien Träger der Jugendhilfe, Jugendwohlfahrts- und Jugendverbände: (im Ausschuss für Soziales und Integration beratende Mitglieder)

Horst Jödecke  
Gudrun Jülge  
Silke Mursal-Dicty  
Karin Niekamp  
Annette Nikulla

II. Beratende Mitglieder:

a) gemäß § 47 Abs. 4 Satz 3 NLO  
der Kreistagsabgeordnete

Hans-Jürgen Hausemann

b) gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung des Jugendamtes: (Ausschuss für Jugendhilfe)

Landrat Bernhard Reuter

c) gemäß § 4 Abs. 1 AG KJHG: (Ausschuss für Jugendhilfe)

Kreisjugendpfleger Klaus Friedmann  
Hassan Aziz  
Dietlind Hansen-Brämer  
Axel Peter  
Ute Timpe-Bautz

III. Zusätzlich von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Gero Geißreiter  
Kreisamtsrat Manfred Heidergott  
Achim Bröhenhorst  
Sozialarbeiterin Elfi Jugl-Bernd  
Kreisangestellter Georg Merse

- Protokollführer -  
- Lokaler Aktionsplan -  
- Pflegekinderdienst -

IV. Es fehlen:

Kreistagsabgeordneter Herbert Miche  
Kreistagsabgeordnete Regina Seeringer  
Kreisoberamtsrat Ahrens  
Armin Günther  
Inge Holzigel  
Thomas Kwiotek

Vorgesehen ist folgende

**T a g e s o r d n u n g:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 05. Dezember 2007

**Jugendhilfeausschuss:**

4. Sachstandsbericht zum Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“  
hier: Lokaler Aktionsplan des Landkreises Osterode am Harz
5. Erste Kinder- und Familienkonferenz -Eltern und Kinder stark machen- am 27. Juni 2008
6. Vorstellung der Werbeaktion „Kinder suchen Pflegeeltern“ durch Frau Jugl-Bernd vom Fachdienst „Pflegekinderwesen“
7. Vorschläge für die Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2009 bis 2013  
- DS-Nr. 129 -
8. Anfragen und Mitteilungen in Jugendhilfeangelegenheiten

### **Sozialausschuss:**

9. Job-Center, Bericht über aktuellen Sachstand

10. Anfragen und Mitteilungen in Sozialangelegenheiten

#### **Punkt 1:**

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr; sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

#### **Punkt 2:**

Anträge zur Tagesordnung

Landrat Reuter regt die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 11 -Einwohnerfragestunde- an.

Die Anregung des Landrates wird angenommen.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Die Vorsitzende stellt fest, dass damit die vorgesehene Tagesordnung mit dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt 11 -Einwohnerfragestunde- behandelt wird.

#### **Punkt 3:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration am 05. Dezember 2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration vom 05. Dezember 2007 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

### **Jugendhilfeausschuss:**

#### **Punkt 4:**

Sachstandsbericht zum Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ hier: Lokaler Aktionsplan des Landkreises Osterode am Harz

Kreisamtsrat Heidergott berichtet als beauftragter Projektleiter des Fachbereiches III - Jugend und Soziales- (federführendes Amt) über den Sachstand bezüglich der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes seit dessen Bewilligung ab 15.09.2007.

Gegenstände seines Berichtes sind insbesondere der Förderzeitraum 15.09.2007-15.09.2010 und die denkbare Verlängerung bis zum 31.12.2010, die Schwerpunkte der Arbeit der Lokalen Koordinierungsstelle wie die Beratung der Projektträger und den Beschlussvorbereitungen für den Begleitausschuss als Entscheidungsorgan bezüglich der Förderungswürdigkeit von Einzelprojekten, die regelmäßigen Teamsitzungen innerhalb der Lokalen Koordinierungsstelle, die inzwischen durchgeführten 10 Arbeitstreffen mit dem Coach Albert van Heek im Rahmen des vorgeschriebenen Coachingverfahrens, der Bericht über die bisherigen 7 Sitzungen des Begleitausschusses, die zwischenzeitliche Bewilligung von 11 erfolgreichen Einzelprojekten mit einem Fördervolumen von 29.978 € (2007) und 106.748 € (2008), das in der Planung befindliche Einzelprojekt des AWO-Kreisverbandes mit der „Arbeitsgemeinschaft für Demokratie und Weltoffenheit“ mit einem Antragsvolumen von ca. 10.000 € sowie die für das Jahr 2008 noch zur Verfügung stehenden Restmittel von ca. 20.000, der Appell an die sogenannten Zivilgesellschaften weiterhin Projektideen zu entwickeln und Projektanträge zu stellen, die jederzeitige Beratungsbereitschaft der Lokalen Koordinierungsstelle insbesondere in Person des Projektbeauftragten Achim Bröhenhorst, die gute Zusammenarbeit mit der von der Bundesregierung beauftragten „Regiestelle für Vielfalt“ in Berlin, die bisher positiv bewertete Arbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes durch den Coach und seine entsprechende Meldung nach Berlin, die vorgesehene wissenschaftliche Begleitung sowie die Selbstevaluation der Lokalen Koordinierungsstelle und des Begleitausschusses, der Dank an alle Projektbeteiligten für die bisherige gute und konstruktive Zusammenarbeit.

#### Punkt 5:

Erste Kinder- und Familienkonferenz -Eltern und Kinder stark machen-  
am 27. Juni 2008

Landrat Reuter erläutert die Beweggründe seiner Einladung zur Auftaktveranstaltung am 27.06.2008 und gibt einen kurzen Überblick über den vorgesehenen Programmablauf. Es gehe vordergründig darum, mit der Kinder- und Familienkonferenz eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe und eine systematische Zusammenführung der Hilfen und Leistungen einzelner Dienste und Institutionen zu erreichen.

Der Aufbau eines Netzwerkes im Landkreis Osterode am Harz sei erforderlich, um den stärker werdenden Anforderungen zur Sicherung des Kindeswohls gerecht werden zu können.

Kreisangestellter Merse stellt für das mit der Organisation beauftragte Kinderservicebüro (KiBO) des Landkreises mit den bisher vorliegenden 127 Anmeldungen eine gute Resonanz an der Auftaktveranstaltung fest. Die vorgesehenen Workshops seien nahezu ausgebucht.

Punkt 6:

Vorstellung der Werbeaktion „Kinder suchen Pflegeeltern“ durch Frau Jugl-Bernd vom Fachdienst „Pflegekinderwesen“

Die Vorsitzende begrüßt die Werbeaktion des Jugendamtes als geeignetes Mittel und stellt fest, dass diese Aktion auch hilfreich sei, blinden Aktionismus zu vermeiden.

Sozialarbeiterin Elfi Jugl-Bernd stellt sich einleitend dem Ausschuss persönlich vor und berichtet neben der Durchführung der Werbeaktion über ihre weiteren Betreuungsaufgaben im zuständigen Fachdienst „Pflegekinderdienst“.

Gegenstände ihres Berichtes zur seit einem Jahr laufenden Werbeaktion sind die flächendeckend im Landkreis Osterode am Harz verteilten Poster sowie die sonstigen öffentlich gemachten Materialien wie Flyer und Infobroschüren, die weiteren Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie der demnächst zur Verfügung stehende Link auf der Homepage des Landkreises, die durchgeführten Themenpräsentationen anhand diverser Info-Abende für Dienste und Einrichtungen, die Bedeutung der Werbeaktion bezüglich des dringenden Bedarfs an geeigneten Pflegefamilien, die bisher erreichten 27 Bewerber, die als geeignet eingestuft 5 Pflegefamilien nach den entsprechenden Bewerbergesprächen, die Qualifizierung der neuen Pflegefamilien anhand der eigens entwickelten Standards sowie die Hoffnung, weitere geeignete Pflegefamilie zu finden.

Die Frage der Abg. Hartz nach der Motivation der Bewerberfamilien beantwortet Frau Jugl-Bernd mit dem Hinweis auf den gesellschaftlichen Wandel, dem veränderten Problembewusstsein sowie den veränderten Problemlagen in den Familien.

Punkt 7:

Vorschläge für die Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2009 bis 2013  
- DS-Nr. 129 -

Die Vorsitzende bittet um Berichtigung der Meldeliste der Samtgemeinde Bad Grund (Harz), wonach der vorgeschlagene Jens Hummer richtigerweise Jens Hummel heiße. Kreisamtsrat Heidergott sagt eine entsprechende Berichtigung zu.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die anliegenden Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2009 bis 2013.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 8:

Anfragen und Mitteilungen in Jugendhilfeangelegenheiten

Es werden keine Anfragen gestellt.

Kreisamtsrat Heidergott verteilt diverse Medienberichte (Auszüge aus dem „Spiegel“), die nach seiner Auffassung einen brauchbaren Einblick in die veränderten Lebensbedingungen von Familien und deren Kindern sowie auch den gestiegenen Anforderungen an die Jugendämter im Rahmen ihres staatlichen Wächteramtes geben.

Er berichtet, dass im letzten halben Jahr (insbesondere nach dem Vorkommnis im Bremer „Fall Kevin“) eine dramatische Steigerung von Anzeigen auf die mögliche Gefährdung des Wohls von Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen sind. Die arbeitsmäßige Belastung im Sozialen Dienst des Jugendamtes sei entsprechend gestiegen und sei für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwierig zu leisten.

An der sich anschließenden längeren Aussprache beteiligen sich die Vorsitzende, Herr Jödecke, Kreisangestellter Merse, Kreisamtsrat Heidergott sowie der Landrat. Gegenstände der Aussprache sind die durch das Jugendamt zu verzeichnende Zuzüge ohnehin schon belasteter Familien in den Landkreis und die damit verbundene Übernahme von laufenden Jugendhilfefällen ohne jede Einflussmöglichkeit, die enorme Steigerung der Fallrate um ca. 30 % bei den ambulanten Jugendhilfemaßnahmen und die zu erwartenden Kostensteigerungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (ca. 10 %), die Bedeutung der sinkenden Erziehungsfähigkeit von Eltern, die Notwendigkeit sogenannter „früher Hilfen“ und die damit verbundenen Überlegungen zu neuen Hilfeangeboten, die allgemeine Arbeitsmarktsituation, der Begriff der Kinderarmut als materielles Problem, die demografische Entwicklung und die Geburten der Kinder nach dem Bildungsgrad der Mütter (Geburten eher durch Mütter ohne Bildungsabschluss), notwendige Maßnahmen des Staates wie die Einforderung und Förderung der Elternverantwortung sowie oft fehlende Sanktionsmöglichkeiten in Sozialleistungsbereichen wie dem SGB II.

**Sozialausschuss:**

Punkt 9:

Job-Center, Bericht über aktuellen Sachstand

Landrat Reuter berichtet zunächst über die generelle Entwicklung im Bereich des SGB II (Hartz IV) nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007. Danach sei seine Rechtsauffassung bestätigt worden, wonach die Arbeitsgemeinschaften (Arbeitsagenturen-Kommunen) verfassungswidrig sind. Bundesweit gebe es derzeit ca. 300 Arbeitsgemeinschaften, 22 mal eine getrennte Aufgabenwahrnehmung zwischen Arbeitsagentur und Kommunen sowie 69 Optionskommunen mit ihrem Job-Center wie auch der Landkreis Osterode am Harz. Aufgrund dieser Rechtslage versuche das

zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales kooperative Modelle zu errichten, in denen die Kommunen nur noch eine untergeordnete Rolle (quasi Co-Piloten) spielen, was von den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbände abgelehnt werde. Eine Arbeitsgruppe der Bundesländer befasse sich derzeit mit dem Thema und überlege auch Alternativen. Der Bericht werde in Kürze erwartet. Danach sei auf politischer Ebene im Bund zu entscheiden. Er gehe davon aus, dass vor der nächsten Bundestagswahl 2009 keine Entscheidung falle. Er plädiere für eine dauerhafte Beauftragung der Optionskommunen über die bisherige 6-jährige Befristung hinaus. Die Arbeit könne von den Kommunen mit den vor Ort vorhandenen Netzwerken besser geleistet werden. Die Entfristung würde gleichzeitig auch zu erwartende arbeitsrechtliche Probleme vermeiden.

Landrat Reuter gibt ferner bekannt, dass das Job-Center des Landkreises Osterode am Harz mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 19,9 % in Niedersachsen auf Platz 7 liege (unter den ersten Sieben befänden sich 5 Optionskommunen, was deren gute Arbeit unterstreiche). Problematisch sei weiterhin der Bereich der Langzeitarbeitslosen (84 % seien nicht vermittelbar).

Punkt 10:

Anfragen und Mitteilungen in Sozialangelegenheiten

Landrat Reuter stellt auf die Frage des Abg. Hausemann zur Einführung eines Sozialtarifes durch die HARZENERGIE fest, dass er diese Frage bereits anlässlich der Kreistagsitzung am 09.06.2008 beantwortet habe.

Er erläutert die unternehmerischen Bedingungen und stellt heraus, dass sich durch die Einführung eines Sozialtarifes erhebliche Probleme ergeben würden.

Die Politik sei gefordert, sich der Problematik zu stellen und entsprechende Fragen zu beantworten.

Es werden keine Mitteilungen gegeben.

Punkt 11:

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Um 16.15 Uhr schließt die Vorsitzende die Sitzung.

*gez.*  
*Barbara Lex*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Manfred Heidergott*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration  
am 5. November 2008